

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE KOMMENTAR Ersatzkassen fordern Kultur der Patientensicherheit | **POSITIVER TREND** bei Antibiotikaverordnungen | **GESUNDHEIT** im Koalitionsvertrag | **VERTRÄGE** für generalistische Pflegeausbildung

BRANDENBURG

VERBAND DER ERSATZKASSEN . DEZEMBER 2019

WACHSTUMSKURS

Ersatzkassen erreichen fast 50-Prozent-Marke



FOTO: Markus Mainka – stock.adobe.com

Die Ersatzkassen setzen ihren Wachstumskurs fort und erreichten in diesem Jahr fast die 50-Prozent-Marke. Nach der aktuellen amtlichen Statistik haben die Ersatzkassen in Brandenburg über 907.000 Mitglieder und rund 1 Million Versicherte (Mitglieder plus kostenfrei mitversicherte Familienangehörige). Damit sind 49,99 Prozent der gesetzlich krankenversicherten Brandenburger bei einer Ersatzkasse versichert. Die Ersatzkassen sind somit in Brandenburg stärkste Kassenart.

Diese positive Entwicklung sehen die Ersatzkassen und die vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg als Ansporn, den eingeschlagenen Erfolgskurs beizubehalten und weiterhin an einer innovativen und soliden Gesundheitsversorgung zu arbeiten. Die erneute Steigerung der Mitgliederzahlen bestätigt das Vertrauen der Brandenburger in die zukunftsorientierte Betreuung durch die Ersatzkassen.

ERSATZKASSENFORUM 2019

Patientensicherheit im Gesundheitswesen – Chancen und Herausforderungen

Das Ersatzkassenforum der vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg widmete sich in diesem Jahr der Patientensicherheit in der Pflege und im Krankenhaus. Im Berliner Quadriga Forum trafen sich am 18.9.2019 Vertreter aus Politik, Selbstverwaltung und Gesundheitswesen.

Die Patientensicherheit ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, die nur im engen Zusammenwirken der handelnden Personen und Berufsgruppen, der einschlägigen Behandlungsteams sowie der Organisationen und Verbände des Gesundheitswesens bewältigt werden kann. Uwe Klemens, vdek-Verbandsvorsitzender, konstatierte zur Eröffnung der Veranstaltung, dass alle Akteure gefordert sind, sich verstärkt der Patientensicherheit und der medizinischen Versorgungsqualität zu widmen. Marina Rudolph, stellv. Leiterin der vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg, betonte, dass die Patientensicherheit seit Jahren ein zentrales Anliegen der Ersatzkassen ist. Dies zeigt sich etwa in der Zusammenarbeit und der Förderung des Aktionsbündnisses Patientensicherheit durch den vdek. Im Kern geht es letztlich darum, die Sensibilität für dieses wichtige Thema weiter zu erhöhen und Versorgungsdefizite konsequent zu beheben.

Herausforderungen in der Pflege

Den Anfang der zweiteiligen Veranstaltung machte der Pflegebereich, in der die Patientensicherheit ebenfalls von erheblicher Bedeutung ist. Der Mangel an Fachkräften stellt das Gesundheitssystem auch an dieser Stelle vor schwierige Aufgaben. Barbara König, Staatssekretärin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Landes Berlin, warb in ihrer Keynote dafür, die Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe zu nutzen, um die Herausforderungen in Krankenhäusern sowie der ambulanten und stationären Pflege anzugehen. Dafür sind eine höhere Ausbildungskapazität und -qualität sowie mehr Kontinuität in der professionellen Pflege notwendig.

Ilona Köster-Steinebach vom Aktionsbündnis Patientensicherheit wies im Rahmen der Podiumsdiskussion darauf hin, dass Patientensicherheit nicht nur ein hohes Gut ist, sondern die Patienten und Pflegeheimbewohner einen rechtlichen Anspruch darauf haben. Insofern kommen den



KOMMENTAR

Ersatzkassen fordern Kultur der Patientensicherheit



von
MICHAEL DOMRÖS
Leiter der
vdek-Landesvertretung
Berlin/Brandenburg

„Meine Verordnungen werde ich treffen zu Nutz und Frommen der Kranken, nach bestem Vermögen und Urteil; ich werde sie bewahren vor Schaden und willkürlichem Unrecht.“
(Auszug aus dem Hippokratischen Eid)

Das Gesundheitswesen ist hochreglementiert wie kaum eine andere Branche, die bürokratischen Abläufe vielfach komplex und die Arbeitsbelastung hoch. Gleichzeitig ist das Gesundheitswesen Tag für Tag ein oft hektisches Massengeschäft, in dem auch Fehler passieren. Es ist bekannt, dass 90 bis 95 Prozent aller Behandlungen ohne Zwischenfälle verlaufen. Nach Angaben des Aktionsbündnisses für Patientensicherheit könnte die Anzahl der Zwischenfälle deutlich verringert werden. Dieses Erkenntnis ist eine Verpflichtung.

Die Ersatzkassen setzen sich seit Langem dafür ein, die Patientensicherheit zu stärken und Versorgungsdefizite konsequent zu analysieren und zu beheben. Damit geht einher, dass eine von Verantwortungsbewusstsein, Offenheit und Respekt geprägte Patientensicherheitskultur in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens gefördert werden sollte und nicht nur in allen Einrichtungen, sondern auch bei allen Beteiligten. Patientensicherheit ist somit nicht nur ein Thema für Ärzte, sondern richtet sich an jeden, der am und mit Patienten arbeitet.



Qualitätsprüfungen des MDK in gewisser Hinsicht eine Schutzfunktion zu, um die Bewohner vor ungewollten oder fehlerhaften Maßnahmen zu bewahren. Um die Qualität der Pflege in den Einrichtungen hoch zu halten, ist ein gut funktionierendes internes Pflegemanagement wichtig. Dies greift das neue Prüfverfahren in vollstationären Pflegeeinrichtungen auf. Laut Dr. Bettina Jonas vom MDK Berlin/Brandenburg werden die Leitfragen zukünftig nicht nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden, sondern lassen Rückschlüsse auf die Qualität der individuellen Versorgung der Bewohner zu.

»Patientensicherheit ist nicht nur Fehlerkultur, Patientensicherheit ist vor allem ein nationales Gesundheitsziel.«

Susanne Hertzler, Leiterin TK-Landesvertretung Berlin/Brandenburg

Fehler zu erkennen, ist das eine, besser ist es, alles dafür zu tun, dass möglichst keine auftreten. Susanne Hertzler, Leiterin der TK-Landesvertretung Berlin/Brandenburg sprach sich dafür aus, sich nicht nur auf Fehlermeldesysteme zu konzentrieren, sondern sich an guten Beispielen zu orientieren. Patientensicherheit sei nicht nur Fehlerkultur, sondern ein wichtiges nationales Gesundheitsziel.

Krankenhaus – Qualität und Sicherheit

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde der Krankenhausbereich beleuchtet und ein enger Zusammenhang zwischen Qualitäts- und Strukturmerkmalen hergestellt. So sind neben zahlreichen behandlungsbezogenen Qualitätsindikatoren unter anderem die Erfüllung von Fallzahlen und Personaluntergrenzen von Bedeutung, die das Potential haben, direkten Einfluss auf die Gestaltung der Krankenhauslandschaft zu nehmen. Auch vor dem Hintergrund der IGES-Studie zur Neustrukturierung der Krankenhausversorgung stand in der zum Teil kontrovers geführten Diskussion unter anderem die Frage im Raum, welche Krankenhäuser



BARBARA KÖNIG, Staatssekretärin



PODIUMSRUNDE zum Krankenhausbereich

für eine Region bedarfswirksam sind. Dr. Detlef Troppens, Vorstandsvorsitzender der Brandenburger Krankenhausgesellschaft, führte an, dass etwa das Modell aus Dänemark auf deutsche Verhältnisse nicht ohne Weiteres angewendet werden könne. Marc Schreiner, Geschäftsführer der Berliner Krankenhausgesellschaft, betonte in diesem Kontext, dass die Qualitätsdebatte nicht zu einer Strukturdebatte werden dürfe. Außerdem seien Fallzahlen allein kein aus-

»Um voranzukommen, brauchen wir eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit, die Interessenlagen bündelt«

Gabriela Leyh, Landesgeschäftsführerin der BARMER Landesvertretung Berlin/Brandenburg

reichendes Qualitätskriterium. Gabriela Leyh, Landesgeschäftsführerin der BARMER Landesvertretung Berlin/Brandenburg, verwies unter anderem darauf, dass nicht nur über Krankenhausschließungen diskutiert werden sollte, sondern wie im Rahmen einer sektorenübergreifenden Zusammenarbeit die Interessenlagen gebündelt werden können. ■

Neues Präventionsprojekt in Drewitz gestartet

Die vdek-Landesvertretung Berlin / Brandenburg legt gemeinsam mit dem Begegnungszentrum oskar. das Präventionsprojekt „Gesunde Gartenstadt Drewitz“ auf, das einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Gesundheitsangebots im Quartier leisten will.

Die Großwohnsiedlung Drewitz, am südöstlichen Rand Potsdams gelegen, wird seit zehn Jahren im Rahmen des Entwicklungsprojektes „Gartenstadt Drewitz“ gefördert. Das im September 2019 neu ins Leben gerufene Präventionsprojekt „Gesunde Gartenstadt Drewitz“ stellt nun gesundheitsbezogene Angebote in den Mittelpunkt, um unter anderem auch sozial Benachteiligte vor Ort zu unterstützen. Die Stadtkontor Gesellschaft für behutsame Stadtentwicklung mbH und der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport, Jugendhilfeplanung der Stadt Potsdam haben sich bereit erklärt, an dem Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahren mitzuwirken und die Ziele zu unterstützen.

Gesundheitschancen erhöhen

Das lebensweltbezogene Projekt will Personen mit sozial bedingt ungünstigeren Gesundheitschancen erreichen, da diese bekanntermaßen Präventionsangebote weniger wahrnehmen. Im Rahmen des Projekts sollen unter anderem ein Gesundheitskompass erarbeitet, ein Multiplikatorenkonzept erstellt, die Zukunftswerkstatt „Gesunde Gartenstadt“ durchgeführt und ein „Gesundheitslotse“ im Begegnungszentrum oskar. etabliert werden. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Gesundheits- und Beteiligungsangebote, die im Begegnungszentrum oskar. bereitgestellt und gemeinsam

mit der Zielgruppe entwickelt werden. Dazu sollen nicht nur neue Angebote eingeführt, sondern auch bereits vorhandene Angebote stärker vernetzt werden. ■



**Gesunde
Lebenswelten**
EIN ANGEBOT DER ERSATZKASSEN

HINTERGRUND:

Großwohnsiedlung Drewitz

Drewitz wurde Ende der 1980er Jahre als eines der letzten Plattenbaugebiete der ehemaligen DDR errichtet. Rund 6.900 Menschen leben in Drewitz, das von einer sozial schwachen Struktur geprägt ist. Mit dem Entwicklungskonzept „Gartenstadt Drewitz“ von 2009 sollte der Region Aufschwung verschafft werden. Seither entwickelt sich Drewitz zunehmend zu einer klimafreundlichen Region und will erster emissionsfreier Stadtteil Potsdams werden.

BAH-GESUNDHEITSMONITOR

Zufriedenheit über Gesundheitsversorgung vor Ort

Menschen in ländlich geprägten Gebieten bewerten ihre gesundheitliche Versorgung negativer als Menschen in Ballungsgebieten. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Meinungsumfrage des Bundesverbandes der Arzneimittel-Hersteller (BAH) zur gesundheitlichen Versorgung vor Ort. Konkret besteht laut BAH-Gesundheitsmonitor ein Zusammenhang zwischen Ortsgröße und der wohnortnahen Gesundheitsversorgung.

Während in Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern nur 51 Prozent der Befragten die Situation als gut oder sehr gut einschätzen, sind es in Städten mit 20.000 bis 200.000

Einwohnern bereits 59 Prozent. In Städten mit über 200.000 Einwohnern liegt dieser Wert bei 72 Prozent.

Mit nur sieben Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern besitzen die neuen Bundesländer eine stärkere ländliche Ausprägung. Laut der Studie ist hier auch die Selbsteinschätzung zur Gesundheitsversorgung unterdurchschnittlich. In der Studie wird die Apotheke vor Ort als Lösung vorgeschlagen, um höhere Zufriedenheitswerte im ländlichen Raum zu erreichen. Damit wird der durchaus sinnvolle Gesundheitsmonitor bedauerlicherweise durch einen interessensgeleiteten Lösungsansatz konterkariert.

Geringste Anzahl von Antibiotikaverordnungen in Brandenburg

Die Verordnungen von Antibiotika durch niedergelassene Ärzte sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Brandenburg hat im bundesweiten Vergleich die niedrigste Verordnungsrate und nimmt damit die Spitzenposition ein. Die Antibiotikaverordnungen konnten im Vergleich zu 2010 um fast 25 Prozent gesenkt werden. Wurden in 2010 noch 419 Verordnungen pro 1.000 Versicherte ausgestellt, waren es in 2018 noch 317.

QUELLE: Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (ZI)



Dieser rückläufige Trend ist in ganz Deutschland zu beobachten und in allen Altersgruppen. Zu diesem Ergebnis kommt das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung nach Auswertung von Arzneiverordnungsdaten aus dem ambulanten Bereich. Wurden den GKV-Versicherten im Jahr 2010 bundesweit noch 562 Verordnungen pro 1.000 Versicherte ausgestellt, waren es 2018 nur noch 446. Das ist ein Rückgang um 21 Prozent. Besonders stark rückläufig waren Verordnungen bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Neugeborenen und Säuglingen.

Um die Entstehung und weitere Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen zu vermeiden, ist es wichtig, diesen positiven bzw. absteigenden Trend weiter fortzuführen. Der Verband der Ersatzkassen

e. V. (vdek) hat 2017 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, acht Kassenärztlichen Vereinigungen, darunter auch die KV Brandenburg, und dem Institut für Allgemeinmedizin der Universitätsmedizin Rostock das Projekt RESIST gestartet, das sich für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Antibiotika bei Atemwegserkrankungen einsetzt. Anlässlich des diesjährigen 12. Europäischen Antibiotika-Tages am 18.11.2019 stellten der vdek und die Kassenärztliche Bundesvereinigung allen interessierten Ärzten und Patienten umfangreiche Informationsmaterialien zum rationalen Einsatz von Antibiotika bei grippalen Infekten und Erkältungen auf ihren Internetseiten zum Download zur Verfügung: <https://www.vdek.com/vertragspartner/innovationsfonds/Resist.html>

Neue Gesundheitsministerin



FOTO: Volker Tanner, Staatskanzlei

URSULA NONNEMACHER

Am 20.11.2019 wurde Ursula Nonnemacher als neue Gesundheitsministerin des Landes Brandenburg ernannt. Die vdek-Landesvertretung sowie die Ersatzkassen wünschen Ministerin Nonnemacher einen guten Start in diese verantwortungsvolle Aufgabe.

Ministerin Nonnemacher, Jahrgang 1957 und gebürtig in Wiesbaden, ist als Medizinerin mit dem Gesundheitswesen sehr vertraut. Von 1983 bis 2009 war sie als Klinikärztin in Berlin-Spandau tätig, ab 1993 als Fachärztin für Innere Medizin. 1997 trat sie der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bei und war Gründungsmitglied des Ortsverbandes Falkensee. Seither ist sie parteipolitisch aktiv und setzt sich vor Ort für die Verbesserung in der Pflege sowie für eine hohe Qualität ambulanter und stationärer Versorgungsangebote ein. Zuletzt war Nonnemacher, gemeinsam mit Axel Vogel, Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion und Parlamentarische Geschäftsführerin. In der vorangegangenen Legislaturperiode war sie Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie im Ausschuss für Inneres und Kommunales. Ursula Nonnemacher ist verheiratet und hat drei Kinder.

Kenia steht: SPD, CDU und Grüne einigen sich auf Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag in Brandenburg ist beschlossene Sache: Die Fraktionen einigen sich unter anderem auf den Pakt für die Pflege sowie den Erhalt der Krankenhausstandorte.

SPD, CDU und Grüne stimmten Mitte November auf ihren Parteitagen sowie per Urwahl über den Brandenburger Koalitionsvertrag ab, der in den nächsten Jahren abgearbeitet werden soll.

Pflege

Die Pflege gilt im Gesundheitsbereich als eines der Kernthemen und wurde im Koalitionsvertrag mit einem eigenen Part – dem Pakt für Pflege – festgeschrieben. 30 Millionen jährlich will die Kenia-Regierung in diesen Pakt investieren, der aus vier Säulen bestehen soll. Die erste Säule sieht ein Förderprogramm für die Kommunen zur Stärkung der Pflege vor und will den Aufbau alltagsunterstützender und niedrigschwelliger Angebote fördern. Hierfür sollen jährlich 18,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Mit der zweiten Säule will die Koalition ein Investitionsprogramm in Höhe von 4 Millionen Euro auflegen, um benötigte Plätze in der Kurzzeit- und Tagespflege zu schaffen. Im Rahmen der dritten Säule sollen die Pflegestützpunkte weiter ausgebaut und mit jährlich 2 Millionen Euro unterstützt werden. Die vierte Säule umfasst die Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften. Dazu sollen spezifische Beschäftigungsprofile und Arbeitszeitmodelle entwickelt werden. In diesem Zusammenhang sollen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verbessert, die Zahl der Auszubildenden in Pflegeberufen gesteigert und die Quote der Ausbildungsabbrüche gesenkt werden. Neben dem Pflege-Pakt will sich die Regierung für

den Aufbau einer Landespflegekammer einsetzen. Dazu soll in 2021 eine Fachanhörung mit allen bereits etablierten und im Aufbau befindlichen Pflegekammern angesetzt werden. Zudem will die Koalition die Einführung einer generalistischen Assistenz Ausbildung prüfen.

Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen sollen laut dem Willen der Koalition nur einen gedeckelten Eigenanteil tragen müssen, um das drohende Armutsrisiko zu vermeiden. Die medizinische Behandlungspflege soll künftig aus der Krankenversicherung finanziert werden.

Krankenhäuser

Damit die Brandenburger Krankenhäuser ihre Aufgaben erfüllen können, will die neue Regierung mindestens 110 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen. Die Koalition spricht sich für den Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land aus, wobei komplexe Leistungen in Zentren gebündelt werden sollen. Krankenhäuser der ländlichen Grundversorgung sollen zu ambulant-stationären Gesundheitszentren weiterentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund soll das Modellprojekt des Gesundheitszentrums Templin fortbestehen und vergleichbare Ansätze in anderen Regionen unterstützt werden. Der Koalitionsvertrag sieht darüber hinaus vor, dass die gemeinsame Krankenhausplanung von Berlin und Brandenburg weiterentwickelt und die Zusammenarbeit mit anderen angrenzenden Bundesländern intensiviert werden soll. Zudem beabsichtigt die Koalition, sich im Rahmen einer

Bundesratsinitiative für eine Reform der Investitionsfinanzierung sowie einen bundeseinheitlichen Basisfallwert stark zu machen.

Im Bereich der Notfallversorgung soll die Kooperation von ärztlichen Bereitschaftspraxen mit den Rettungsstellen der Krankenhäuser, den Koordinierungsstellen und den integrierten Leitstellen des Landes unterstützt und weiterentwickelt werden. Zudem ist geplant, die Notfallversorgung von Herzinfarktpatienten weiter auszubauen, wie z. B. das Projekt QS-Notfall. Schließlich soll sichergestellt werden, dass die Rettungsfrist in Zukunft besser eingehalten wird.

ÖGD, Impfen, Versorgungsplanung

Die Landesregierung will mit den Kommunen Maßnahmen ergreifen, um sowohl die Fachkräftesituation als auch die Finanzierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zu verbessern. Zusätzlich sollen die pädiatrischen Angebote im ÖGD gestärkt werden.

Die Impfquoten sollen insbesondere bei jungen Erwachsenen gesteigert werden. Hierfür soll das Modellprojekt „Schulgesundheitsfachkraft“ evaluiert und gegebenenfalls als Regel-Angebot fortgeführt werden.

Die Koalition plant des Weiteren, eine integrierte Versorgungsplanung zu erstellen, die ambulante und stationäre Angebote einbezieht. Zudem sollen systematisch bevölkerungsbezogene, sektorenübergreifende Versorgungsformen vor allem in ländlichen Regionen aufgebaut werden. ■

Neues Antragsverfahren in der Selbsthilfeförderung



Ab dem 1.1.2020 ändert sich mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) das Antragsverfahren in wesentlichen Punkten: Die kassenindividuelle Projektförderung umfasst dann nur noch zeitlich und inhaltlich begrenzte Maßnahmen und Aktivitäten der Selbsthilfegruppen jenseits der Routineaufgaben. Die kassenartenübergreifende Pauschalförderung unterstützt Selbsthilfegruppen bei der gemeinsamen Bewältigung von Krankheiten und Krankheitsfolgen, um die Lebensqualität zu verbessern. Selbsthilfe-Kontaktstellen und Landesorganisationen hingegen beraten, unterstützen, vernetzen und sorgen für Weiterbildungen. Der Anteil der kassenübergreifenden Pauschalförderung erhöht sich von bisher 50 auf 70 Prozent des insgesamt zur Verfügung stehenden Gesamtförderbudgets. Auch das Antragsverfahren vereinfacht sich, weil regelmäßig stattfindende Aktivitäten jetzt auch in der Pauschalförderung enthalten sind. Diese pauschalen Förderanträge sind für das Land Brandenburg beim Verband der Ersatzkassen Berlin / Brandenburg unter lv-berlin.brandenburg@vdek.com zu stellen.

Die Selbsthilfe ist innerhalb des GKV-Systems fest etabliert. Nach Einführung der kassenartenübergreifenden Gemeinschaftsförderung im Jahre 2008 können die gesetzlichen Krankenkassen und ihre Verbände inzwischen auf ein langjähriges Fördergeschehen mit stets steigenden Fördersummen zurückblicken.

Selbsthilfe ist längst zu einem unentbehrlichen Teil der medizinischen Versorgung geworden. Eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, Menschen in Lebenskrisen, chronisch Kranke und ihre Angehörigen sprechen sich gegenseitig Mut zu, helfen einander und nicht zuletzt meistern sie durch gegenseitige Unterstützung die Folgen ihrer Erkrankungen. Den gesetzlichen Krankenkassen und ihren Verbänden ist es ein großes Anliegen, dieses Engagement weiterhin zu stärken und finanziell zu unterstützen.

MEHRWERT:PFLEGE – Neues Projekt zum Gesundheitsmanagement

In Deutschland fehlen Pflegefachkräfte. Diese Situation wird sich bei zunehmendem Bedarf an professioneller Pflege und gleichzeitig sinkenden Erwerbspersonenzahlen in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Die Pflegefachkräfte von heute wissen um ihren Wert und können sich einen Arbeitgeber unter vielen aussuchen. Doch was macht einen Arbeitgeber attraktiv? Nicht allein die monetäre Entlohnung ist entscheidend. Beschäftigte interessiert auch, wie gesund die Arbeits- und Organisationsbedingungen vor Ort sind. Dazu zählt unter anderem, welche Entwicklungsmöglichkeiten sie haben, wie groß individuelle Handlungsspielräume gestaltet werden oder die Beschäftigtengesundheit im Unternehmen gefördert wird. All diese Faktoren können von Arbeitgebern mit Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) positiv gestaltet werden.

Hier setzt MEHRWERT:PFLEGE, ein Projekt der Ersatzkassen zu der Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz in Krankenhäusern und stationären Pflegeeinrichtungen, an. „Wir unterstützen die Einrichtungen dabei, sich neu im Thema BGM aufzustellen. Häufig geht es aber auch darum, bestehende Einzelmaßnahmen in ein Gesamtkonzept zu überführen“, so Stefanie Thees, vdek-Projektleiterin von MEHRWERT:PFLEGE.

Kontakt für interessierte Krankenhäuser und stationäre Pflegeeinrichtungen unter mehrwert-pflege@vdek.com

Ersatzkassen Hauptförderer im Land

21 Hospizdienste für Erwachsene und vier Kinderhospizdienste werden in Brandenburg in 2019 von den Ersatzkassen mit fast 1,2 Millionen Euro unterstützt. Die Ersatzkassen sind damit die Hauptförderer der ambulanten Sterbebegleitung im Land. Immer mehr Menschen wünschen sich, die letzte Phase ihres Lebens in ihrer gewohnten Umgebung verbringen zu können. Mit den Fördermitteln für die Hospizarbeit leisten die Ersatzkassen hierzu einen wichtigen Beitrag.

Die Fördermittel werden insbesondere für Sachkosten und die Aus-, Weiter- und Fortbildung der über 1.200 ehrenamtlichen Sterbebegleiter sowie der hauptamtlichen Koordinatoren eingesetzt, die für die Sterbenden eine wichtige Stütze sind.

PFLEGE

Seit 1.11.2019 neuer Pflege-TÜV

Der bisherige Pflege-TÜV wird durch ein neues System der Qualitätssicherung abgelöst. In der Zeit vom 1.11.2019 bis zum 31.12.2020 werden alle 341 vollstationären Pflegeeinrichtungen in Brandenburg auf Grundlage neuer Richtlinien durch die Prüfdienste des MDK und der PKV geprüft. Das neue System löst das bisherige Notensystem ab, welches in der Kritik stand, die Einrichtungen generell zu positiv zu bewerten. Die neue Systematik basiert auf den drei Säulen Ergebnisindikatoren, externe Qualitätsprüfungen und Strukturinformationen.

Die Einrichtungen erfassen halbjährlich Ergebnisindikatoren, etwa wie mobil und selbstständig die Bewohner sind oder wie viele einen Dekubitus haben. Die Daten werden von den Einrichtungen an die neue Datenauswertungsstelle (DAS) gesendet.

Neben der standardisierten Auswertung erfolgt eine Plausibilitätsprüfung durch die Prüfdienste. Künftig wird der Fokus verstärkt auf die bewohnerbezogene Versorgungsqualität gelegt, dabei wird etwa die Unterstützung im Bereich der Mobilität oder beim Schmerzmanagement bewertet. Die neue Bewertung ersetzt die bisherige starre Bewertung einzelner Prüfkriterien.

Neben Ergebnisindikatoren und der externen Qualitätsprüfung werden Strukturinformationen, wie z. B. der Fachkräfteanteil oder die Möglichkeit eines Probewohnens, abgefragt. All diese Informationen werden wie bisher auf den Portalen der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen, wie dem Pflgelotzen, veröffentlicht – www.pflgelotze.de.

PFLEGE / AUSBILDUNG

Verträge für die neue generalistische Pflegeausbildung unter Dach und Fach

Ab nächstem Jahr startet in ganz Deutschland die generalistische Pflegeausbildung. Die bisher getrennten Ausbildungen für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege werden zusammengeführt. Die Ersatzkassen wissen um den großen Bedarf an Pflegekräften und unterstützen die neue Pflegeausbildung.



FOTO: Photographiereu – stock.adobe.com

In Brandenburg haben sich die Verbände der Kranken- und Pflegekassen mit dem Land, der Krankenhausgesellschaft, Pflegeverbänden sowie Trägern von Schulen und Ausbildungsbetrieben auf den finanziellen Rahmen geeinigt und dabei deutliche Steigerungen vereinbart: Ab 1.1.2020 werden sich alle Krankenhäuser, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie die Pflegeversicherung und das Land Brandenburg an den Kosten der Ausbildung beteiligen und in einen Ausgleichsfonds einzahlen. Für das Jahr 2020 beträgt der Gesamtfinanzierungsbedarf des Pflegefonds in Brandenburg fast 24 Millionen Euro, woran sich allein die Ersatzkassen in Brandenburg mit knapp 7 Millionen Euro beteiligen. Aus dem Fonds werden die Kosten für die praktische und theoretische Ausbildung sowie für die Ausbildungsvergütung finanziert. Für das Ausbildungsjahr 20 / 21

erhalten die Pflegeschulen in Brandenburg für jeden Schüler 8.800 Euro pro Jahr. Die Ausbildungsbetriebe erhalten 8.400 Euro pro Auszubildenden. Im Land Brandenburg ist dieser Ausgleichsfonds beim Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) in Cottbus angesiedelt. Versicherte, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen, werden künftig ebenfalls einen Ausbildungszuschlag bezahlen müssen, unabhängig davon, ob der ambulante Pflegedienst oder die stationäre Einrichtung tatsächlich Pflegekräfte ausbildet. ■

INFORMATION

Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe des Bundes aus dem Jahr 2017 werden die drei bisher getrennten Berufe der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ab dem Jahr 2020 zu einer dreijährigen generalistischen Berufsausbildung zusammengeführt. Der erfolgreiche Abschluss mit der Berufsbezeichnung Pflegefachfrau bzw. Pflegefachmann befähigt zum Einsatz in allen Versorgungsbereichen der Pflege. Der Abschluss ist europaweit anerkannt und Grundstein einer zukunftsfähigen und qualitativ hochwertigen Pflegeausbildung. Die Umsetzung des Gesetzes liegt in der Verantwortung der Länder.

BÜCHER

Public Mental Health

Was ist „Public“ an psychischen Erkrankungen und was ist das Spezielle am gesellschaftlichen Auftrag der öffentlichen Fürsorge für psychisch kranke Menschen im Vergleich zu physischen Erkrankungen? Diesen und anderen Fragen geht das Buch „Public Mental Health“ nach. Es gibt einen vollständigen Überblick über die psychiatrische Versorgung und beleuchtet unter anderem die Rolle der gesetzlichen Krankenkassen bei der Steuerung der Versorgung psychisch kranker Menschen.



Anke Bramesfeld, Manfred Koller, Hans-Joachim Salize
Public Mental Health.
Steuerung der Versorgung für psychisch kranke Menschen
2019, 296 Seiten, 49,95 EUR,
Hogrefe Verlag

I care Pflege

Für die generalistische Pflegeausbildung, die 2020 startet, veröffentlicht der Thieme Verlag eine neue Kompaktserie. Dazu gehört unter anderem das Lehrbuch „I care Pflege“, das die Berufsausbildung des neuen Berufsabschlusses Pflegefachfrau / Pflegefachmann begleitet. Das Lehrbuch bietet umfassendes Wissen, das auf dem Weg hin zu einer professionellen und handlungskompetenten Pflegekraft benötigt wird. Es beinhaltet zudem alle relevanten Grundlagen der Krankheitslehre, Anatomie und Physiologie sowie hilfreiche Tipps und praxisnahe Fallbeispiele.



I care Pflege
2. überarbeitete Auflage 2020
1.400 Seiten, 69,99 EUR
Thieme Verlag

BÜCHER

Schnell zur besten Entscheidung

Angst, eine falsche Entscheidung zu treffen, hat fast jeder Mensch. Endlos wird das Für und Wider abgewogen und dennoch schaffen wir es nicht, die beste Alternative auszuwählen. Philip Meissner weiß: Entscheiden kann man lernen. Der Entscheidungsforscher entwickelte verschiedene Strategien und zeigt in seinem kleinen, gut lesbaren Ratgeber auf, wie man wichtige Entscheidungen mit Hilfe schnell umsetzbarer Methoden trifft. Wer diese Schritt für Schritt anwendet, wird es in Zukunft einfacher haben, sich schneller und besser zu entscheiden.



Philip Meissner
Entscheiden ist einfach.
Wenn man weiß, wie es geht.
2019, 189 S., €20,00
Campus Verlag, Frankfurt

ZUM JAHRESENDE

Frohes Fest

Zum Jahresausklang wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, fröhliche und besinnliche Weihnachten. Schöne Stunden im Kreise Ihrer Familien, aber auch Ruhe und Zeit zum

FOTO mirafji - stock.adobe.com



Durchatmen, um Kraft für das neue Jahr zu tanken, das sicherlich wieder die eine oder andere Herausforderung mit sich bringen wird. Wir setzen uns auch im nächsten Jahr für die Belange der Ersatzkassenversicherten ein, damit sie immer gut und mit hoher Qualität versorgt werden. Auf ein gesundes neues Jahr 2020!

VERSORGUNG

Gemeinsame Arbeitsgemeinschaft Heilmittelzulassung nimmt Arbeit auf

Leistungserbringer von Heilmitteln wie beispielsweise Ergotherapeuten, Physiotherapeuten oder Podologen bedürfen einer Zulassung. Seit dem 1.9.2019 übernimmt eine von den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen gebildete Arbeitsgemeinschaft, die ARGE Heilmittelzulassung, diese Aufgabe.

Die Geschäftsstelle der ARGE Heilmittelzulassung Berlin und Brandenburg ist bei der vdek-Landesvertretung angesiedelt und derzeit die bundesweit einzige länderübergreifende Geschäftsstelle. Für Heilmittelerbringer in Berlin und Brandenburg steht somit eine Institution als fester Ansprechpartner für alle Belange des Zulassungsverfahrens zur Verfügung. Anlass für die neue Regelung sind die Vorgaben aus dem sogenannten Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG). Leistungserbringer finden alle weiteren Informationen unter:

www.zulassung-heilmittel.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesvertretung

Berlin / Brandenburg des vdek
Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
www.vdek.com

Telefon 0 30 / 25 37 74-0

E-Mail LV-Berlin.Brandenburg@vdek.com

Redaktion Ulrike Geitz, Anne Kolbe und Robert Deg

Verantwortlich Michael Domrös

Druck Kern GmbH, Bexbach

Konzept ressourcenmangel GmbH

Grafik Schön und Middelhaufe GbR

ISSN-Nummer 2193-2190